

Im Vorfeld der Bundestagswahl wurde Stimmung gegen einen angeblichen „Linksruck“ gemacht, das Ergebnis wird jedoch wahrscheinlich vielmehr auf einen „Rechtsruck“ hinauslaufen. Obgleich CDU/CSU unter ihrem Spitzenkandidaten Armin Laschet mit dem historisch schlechtesten Ergebnis in ihrer Geschichte förmlich abgestürzt sind, liegt es nun vor allem in der Hand von Grünen und FDP, über die kommende Regierungskoalition zu entscheiden. **Jens Berger**, **Albrecht Müller** und **Christian Goldbrunner** haben die wichtigsten Ergebnisse und Ereignisse der Wahl in einer ersten Wahlanalyse zusammengetragen.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/210927_Anmerkungen_und_Analyse_der_Bundestagswahl_2021_und_ihrer_Ergebnisse_NDS.mp3

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Vorweg der Gesamteindruck von Wahl und Wahlabend:

- Die SPD ist stärkste Partei. Der Vorsprung und Abstand zur CDU/CSU ist nicht so groß, wie in Umfragen vorhergesagt.
- Die Möglichkeit für Rot-Rot-Grün gibt es nicht.
- Es wird wahrscheinlich auf eine sogenannte bürgerliche Koalition hinauslaufen, auf Jamaika. Dafür spricht unter anderem der überraschende Vorschlag des FDP-Vorsitzenden in der Elefantenrunde, zunächst sollten sich FDP und Grüne zusammensetzen und beraten. Der gleiche Vorschlag kam zuvor schon vom Co-Vorsitzenden der Grünen, Habeck. Für das wahrscheinliche und für manche überraschende Zustandekommen dieser Koalition spricht auch die betont neoliberale Einfärbung der FDP durch Lindner und die Neigung von Habeck für die sogenannte Jamaika-Koalition, die es unter seiner Mitwirkung in Schleswig-Holstein schon gibt.
- Wir werden also einen Rechtsruck erleben, obwohl das Wahlergebnis mit verengtem Blick auf das Abschneiden der SPD so aussieht, als sei diese (ehedem) linke Partei in Führung und als sei sie damit auch die gewünschte Kanzler-Partei. Die SPD hat also am Wahlabend zu früh gefeiert.

Das ist ein zugegeben subjektiv empfundenes Fazit.

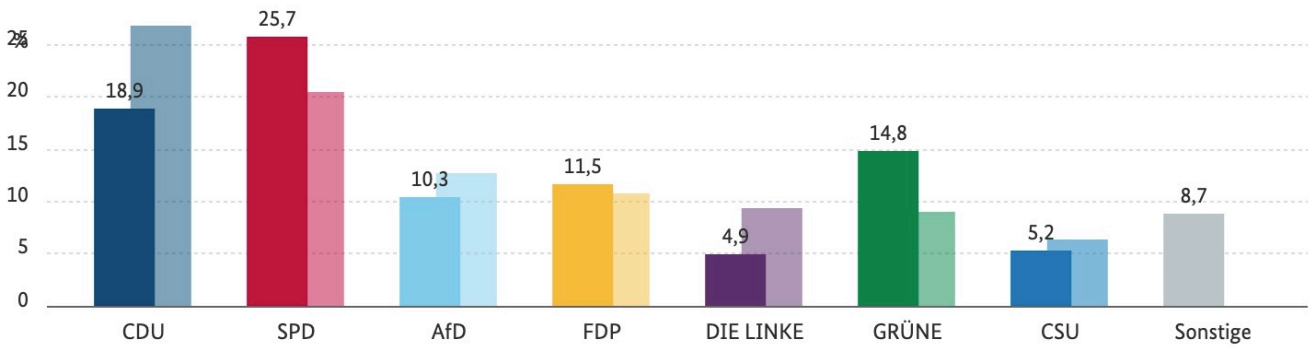
1. Die vorläufigen Ergebnisse

CDU/CSU	24,1%	-8,9%	11.173.806
SPD	25,7%	+5,2%	11.949.756
AfD	10,3%	-2,3%	4.802.097
FDP	11,5%	+0,7%	5.316.698
Die Linke	4,9%	-4,3%	2.269.993
Grüne	14,8%	+5,8%	6.848.215
Freie Wähler	2,4%	+1,4%	1.127.171
Die Partei	1,0%	+0,0%	461.487
dieBasis	1,4%	+1,4%	628.432

Zwischenergebnis: 27.09.2021 05:29:09 Uhr

Zweitstimmenanteile

Bundestagswahl 2021, Deutschland
Zwischenergebnis: 27.09.2021 05:29:09 Uhr, 299 von 299 Wahlkreisen ausgezählt

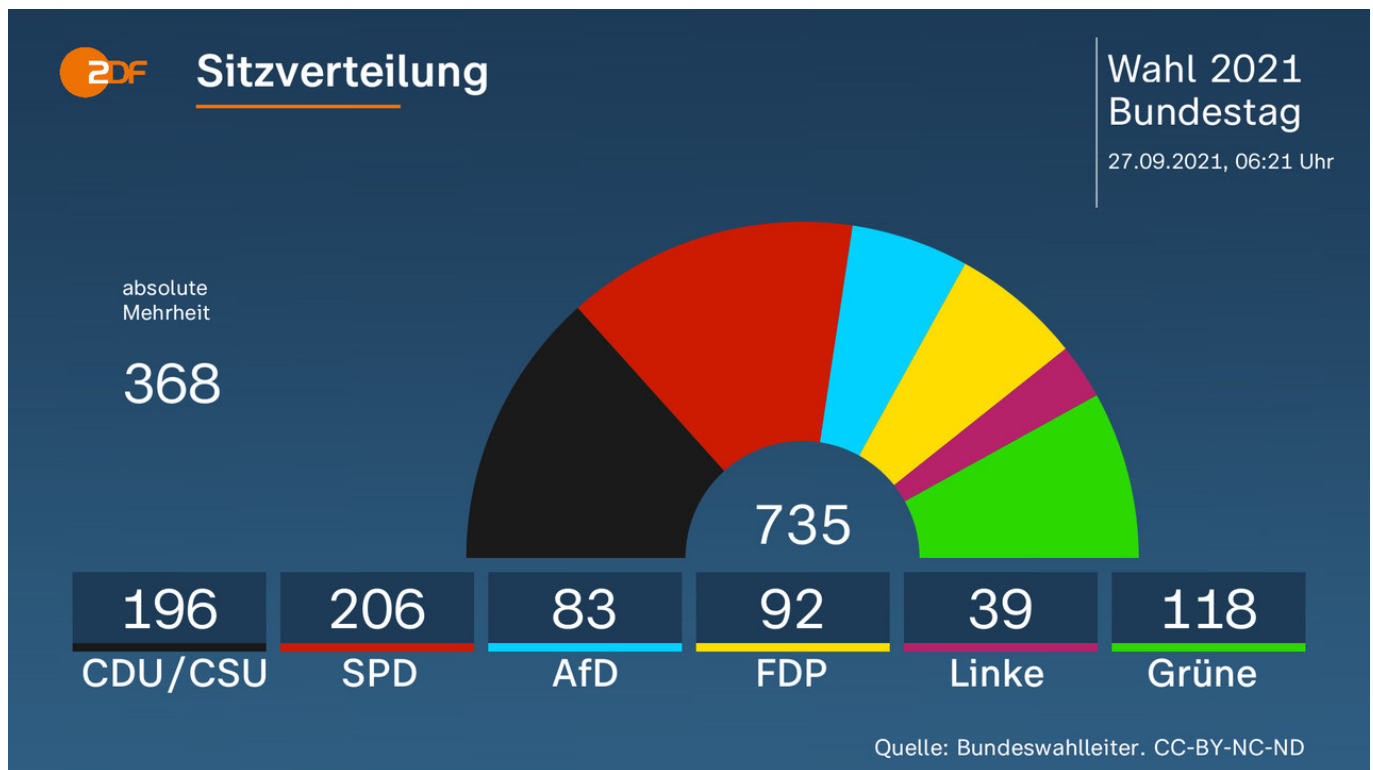


■ Bundestagswahl 2021 ■ Bundestagswahl 2017

© Der Bundeswahlleiter, Wiesbaden 2021

↓ SVG

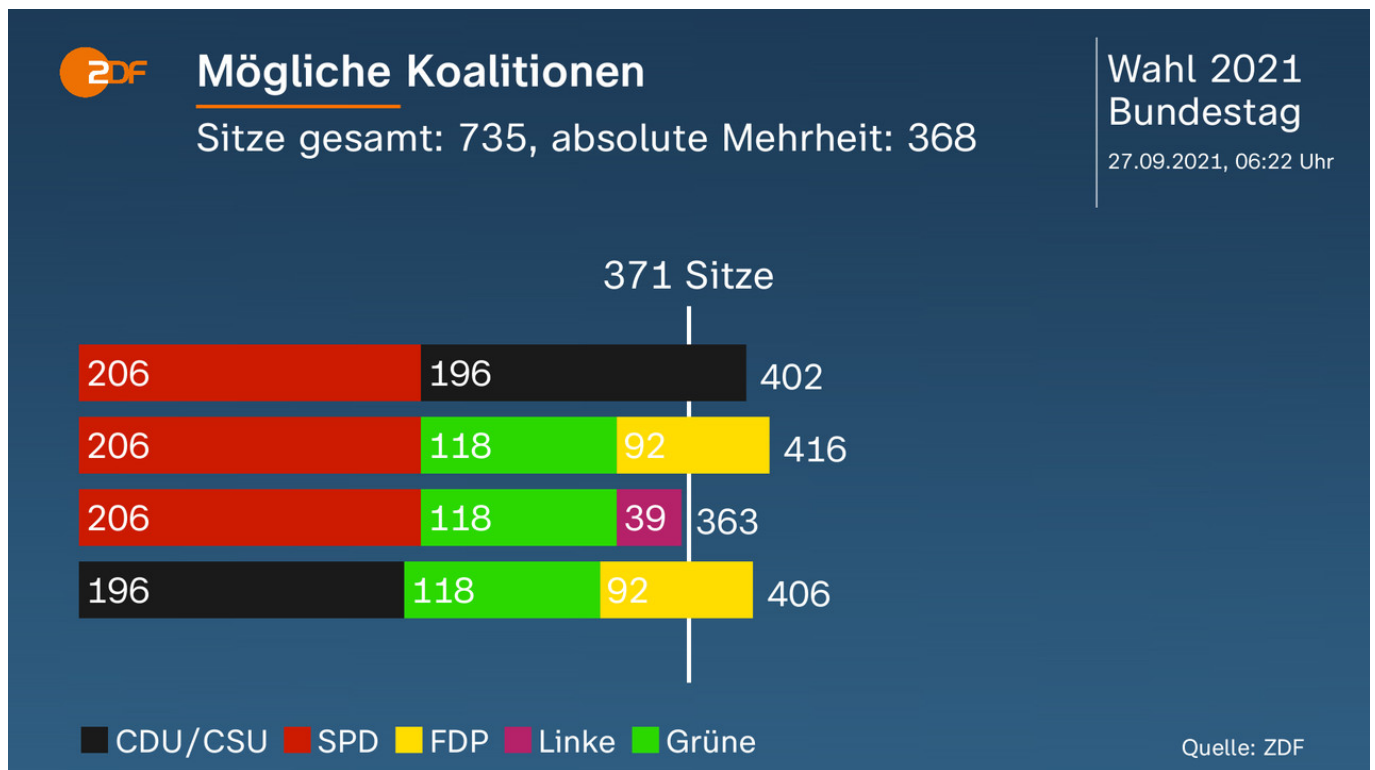
2. Und hier die vorläufige Sitzverteilung:



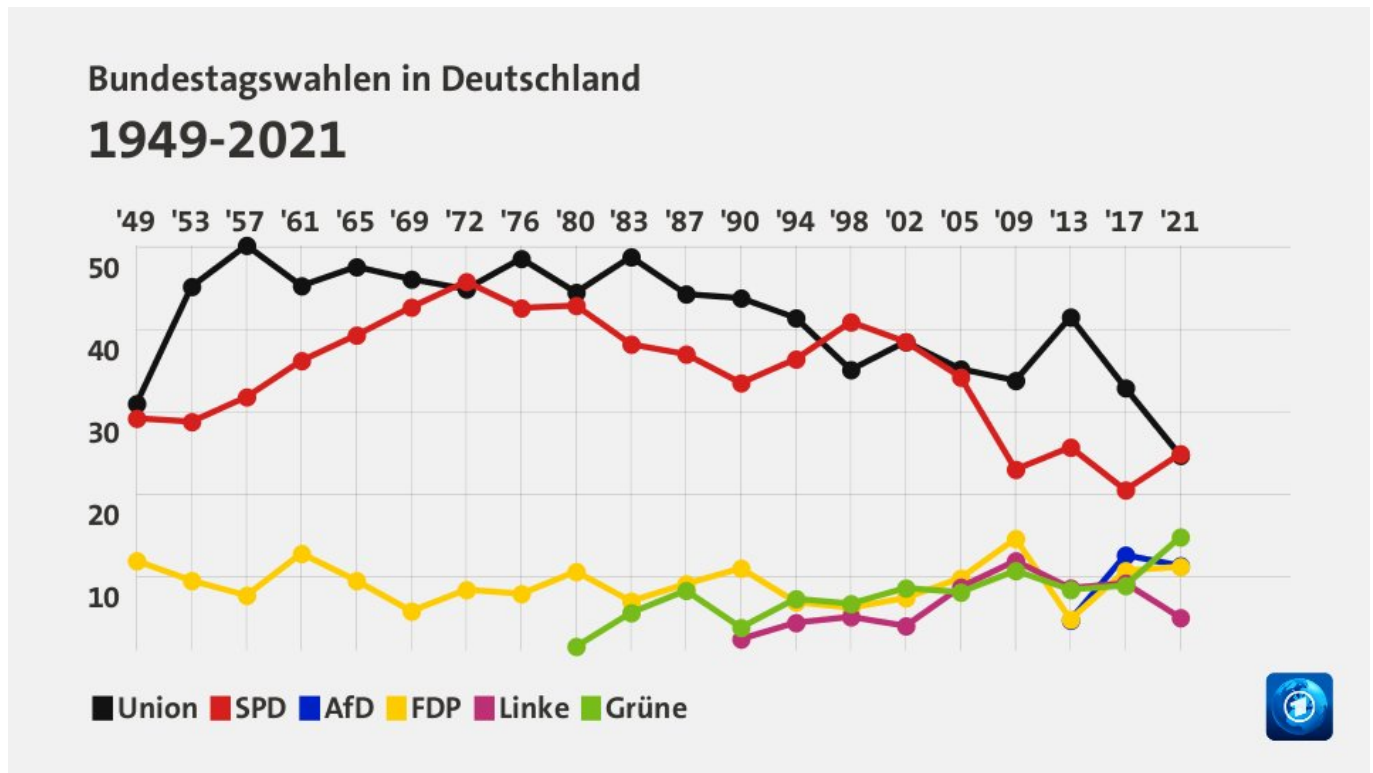
3. Daraus ergeben sich die folgenden Koalitionsmöglichkeiten, nicht genannt jene mit der AfD:

- a. eine Große Koalition
- b. ein Dreierbündnis aus SPD, Grünen und FDP
- c. ein Dreierbündnis aus CDU, Grünen und FDP

Die Möglichkeit einer rot-rot-grünen Koalition besteht nach diesem Wahlergebnis nicht.



4. Hier zum Vergleich die Bundestagswahl-Ergebnisse seit 1949:



Die genauen Ergebnisse finden Sie [auf den Seiten des Bundestages](#).

5. Kommentar auf der Basis dieser bisherigen Ergebnisse:

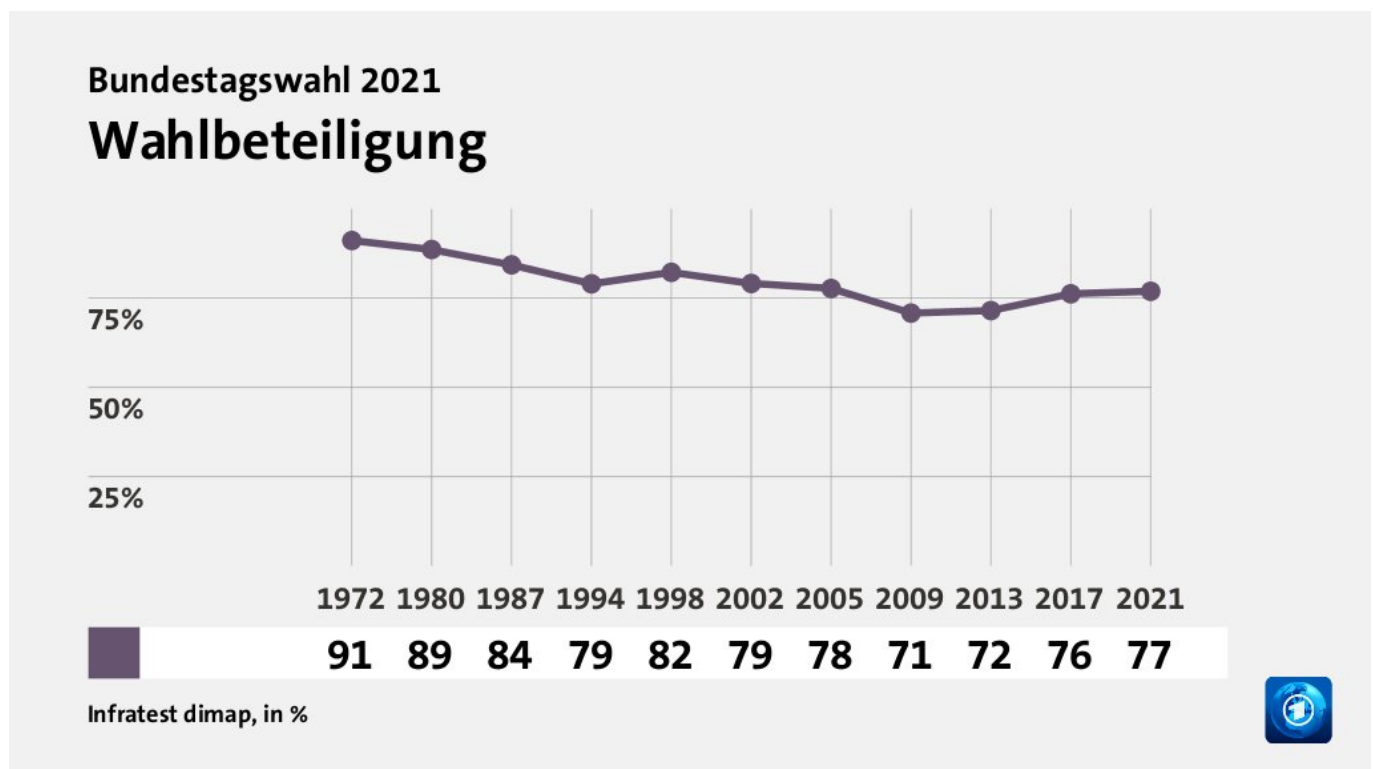
- Gemessen an früheren Bundestagswahlen haben die beiden ursprünglich großen Parteien CDU/CSU und SPD schlecht abgeschnitten. Sie erreichen gerade mal ungefähr die Hälfte früherer Ergebnisse. CDU/CSU fuhren ihr historisch schlechtestes Ergebnis ein. Der „Wahlsieger“ Olaf Scholz holte so viele Stimmen wie 2013 der „Wahlverlierer“ Peer Steinbrück.
- Bei der SPD ist dieser Niedergang schon zwischen 1998 und 2017 eingetreten. Die Union hatte sich etwas länger gehalten, wenn auch viel niedriger als in den früheren Jahrzehnten.
- Die Bündnis-Grünen haben in den letzten Jahren, also seit 2013 und 2017, ihren Wähleranteil deutlich verbessert.
- Der Linkspartei hat jetzt deutlich weniger als die Hälfte des Anteils an Zweitstimmen wie 2009 und das schlechteste Ergebnis seit Gründung der Partei. Das hängt vermutlich eng mit der inneren Entwicklung zusammen. Und jetzt auch deutlich mit einer breiten Koalition von Gegnern der Linkspartei und alles Linken bei den anderen Parteien und den Medien. Die eine der beiden Vorsitzenden, Janine Natalie Wissler,

hat sich bei den Wahlkampfenden im Fernsehen erstaunlich gut geschlagen.

- e. Die FDP liegt im oberen Bereich ihrer bisherigen Wahlergebnisse. Das hat auch damit zu tun, dass keiner der potenziellen Koalitionspartner die Vertreter der FDP in den verschiedenen Wahlkampfenden angegriffen hat. Der Vorsitzende Lindner konnte seine konservativen, neoliberal geprägten Ergüsse nahezu unwidersprochen loswerden. Die FDP dürfte auch davon profitiert haben, dass sie neben der AfD als einzige größere Partei vernehmbare Kritik an der Corona-Politik der Regierung geäußert hat.

6. Wahlbeteiligung 2021 und im Vergleich zu früher

Die Wahlbeteiligung ist mit 76,6% gegenüber den letzten vier Bundestagswahlen wieder gestiegen, liegt aber deutlich unter den Zahlen der alten Bundesrepublik.



7. Die Übersicht der letzten Umfragen

Sonntagsfrage Bundestagswahl

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre ...

Institut	Allensbach	Kantar (Emnid)	Forsa	Forsch'gr. Wahlen	GMS	Infratest dimap	INSA	Yougov	Bundestagswahl
Veröffentl.	24.09.2021	23.09.2021	24.09.2021	23.09.2021	14.09.2021	16.09.2021	20.09.2021	23.09.2021	24.09.2017
CDU/CSU	25 %	21 %	22 %	23 %	23 %	22 %	22 %	21 %	32,9 %
SPD	26 %	25 %	25 %	25 %	25 %	26 %	25 %	25 %	20,5 %
GRÜNE	16 %	16 %	17 %	16,5 %	16 %	15 %	15 %	14 %	8,9 %
FDP	10,5 %	11 %	12 %	11 %	13 %	11 %	12 %	11 %	10,7 %
DIE LINKE	5 %	7 %	6 %	6 %	6 %	6 %	6,5 %	7 %	9,2 %
AfD	10 %	11 %	10 %	10 %	11 %	11 %	11 %	12 %	12,6 %
Sonstige	7,5 %	9 %	FW 3 % Son. 5 %	FW 3 % Son. 5,5 %	6 %	FW 3 % Son. 6 %	8,5 %	FW 2 % Son. 7 %	5,0 %
Erhebung	F • 1.554 16.09.–23.09.	T • 1.443 15.09.–21.09.	T • 2.002 20.09.–23.09.	T • 1.273 22.09.–23.09.	T • 1.003 08.09.–13.09.	TOM • 1.512 13.09.–15.09.	O • 2.054 17.09.–20.09.	O • 2.364 16.09.–22.09.	

Auffällig ist, dass das Institut für Demoskopie Allensbach, das als einziges Institut persönliche Interviews führt, erstaunlich gute Zahlen lieferte, während die anderen Institute doch teils kräftig danebenlagen.

8. Die Folgen der Wahl für die Größe des Bundestages

Durch Überhang- und Ausgleichsmandate wird der Bundestag nach aktuellen Hochrechnungen 735 Sitze enthalten - das sind 26 mehr als im aktuellen Bundestag.

9. Ein paar auffallende Besonderheiten dieses Wahlkampfes

- Es wurde überall so getan, als würde der/die Kanzler/in der Bundesrepublik Deutschland direkt vom Volk gewählt. Nur selten wurde dies hinterfragt und darauf hingewiesen, dass bei uns zum einen Wahlkreiskandidaten und zum anderen Parteien gewählt werden und dann potenzielle Mehrheiten im Deutschen Bundestag darüber entscheiden, wer von ihnen als Bundeskanzlerin oder als Bundeskanzler gewählt wird.
- Es wurde folgerichtig zu a. so getan, als hätte der Spitzenkandidat jener Partei, die die meisten Zweitstimmen erhält, das Anrecht, Bundeskanzler zu werden. Das ist hierzulande in der Verfassung und in der Praxis nicht vorgesehen. Über die Wahl zum Kanzler entscheiden Mehrheiten von Koalitionen. So ist es die Regel und so war es früher. Zum Beispiel wurde 1969, 1976, und 1980 und dann auch 1998 und 2002 der Kandidat der zweitstärksten Partei zum Bundeskanzler gewählt - zunächst Willy

Brandt, dann Helmut Schmidt und dann Gerhard Schröder. Laschet hat jetzt im Wahlkampf versucht, dies als unüblich und quasi verboten darzustellen.

- c. Im Wahlkampf ist auch aufgefallen, dass außer den Spitzenkandidaten kaum sonst jemand aus den Führungsgruppen der verschiedenen Parteien eine Rolle spielte. Im Wahlkampf haben wir jedenfalls von wenigen Ausnahmen abgesehen nicht erfahren, wer in eine Regierung kommen wird. Ausnahmen: Von Laschet wussten wir immerhin, dass Friedrich Merz bei der Regierungsbildung eine große Rolle spielen wird. Aber nicht mehr. Von den Bündnisgrünen konnten wir annehmen, dass Habeck auch in der Regierung eine Rolle spielen wird. Um Olaf Scholz herum war große Leere.

10. Das Ergebnis der Bundestagswahl ist für Kenner, auch für die Beobachter aus den Reihen der NachDenkSeiten-Redaktion, keine Überraschung

Für aufmerksame Beobachter und für Menschen, die die Methoden der Manipulation kennen, war das Ergebnis der Bundestagswahl 2021 ungefähr so zu erwarten. Drei Vorgänge spielten nacheinander und miteinander eine entscheidende Rolle:

11. Zum einen: Die Rote-Socken-Kampagne, die mögliche Beteiligung der Linkspartei an einer Koalition aus SPD, Grünen und Linkspartei war das Hauptthema und die Hauptangriffslinie der Union

Der Spitzenkandidat der Union und andere Vertreter der Union haben dieses Gespenst penetrant gepflegt. Sie haben die Angst vor einer rot-grün-roten Koalition unter Einschluss der Linkspartei geschürt. Und dabei alles mit dazugepackt, was seit Jahrzehnten immer wieder aufgewärmt wurde: Sozialismus, Bürokratie usw.

Hier eine Version der Kernpassage des Angriffs der Union:

Laschet [in der Schlussrunde der Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten](#) (auch [hier](#) und [hier](#)):

„...In seiner Rede warnte Laschet erneut vor einer Bundesregierung aus SPD, Grünen und Linken. Laschet sagte, mit einer linken Bundesregierung drohe Bürokratie, Steuererhöhung und die Bevormundung der Bürger. “Wir haben selbstständige Bürger, die wissen das besser als diese Ideologen”, so der CDU-Chef.

Übrigens hatten die NachDenkSeiten schon früh auf dieses Hauptthema der Union

aufmerksam gemacht. Siehe hier am 02. September 2021 um 16:53:
[Schon wieder "Rote Socken" - zieht diese üble Agitation noch einmal?](#)

12. Zum Zweiten: Die Hauptmedien einschließlich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks haben die Union überdurchschnittlich gut behandelt.

Das wurde in den letzten Tagen vor dem Wahltermin besonders daran sichtbar, dass die entscheidende und zutiefst abwegige Angriffspassage des Union-Spitzenkandidaten Laschet (siehe Zitat oben) immer wieder gebracht worden ist, zum Beispiel Laschet zusammen mit Söder und Merkel am 24. September in der Tagesschau, übertragen aus München, und am 25. September in der Tagesschau Laschet mit Merkel aus Aachen. Usw.

13. Zum Dritten: Die Angst vor der Abwahl der Union als Partei, die den Kanzler stellt

Seit einigen Wochen schon wird immer wieder der Eindruck erweckt, die SPD, die nach früheren Umfragen nur bei 14, 15 oder 16 % lag, hatte plötzlich aufgeholt und lag mit rund 25 % vor der Union. Ein erstaunlicher Vorgang. Damit gewann die Warnung vor Rot-Rot-Grün einen besonderen Schub.

In den letzten Tagen vor der Wahl wurde dann aus dem Vorsprung ein Kopf-an-Kopf-Rennen: Siehe hier in der Bild-Zeitung:

[UMFRAGE-HAMMER KURZ VOR DER WAHL](#)

Plötzlich Kopf-an-Kopf-Rennen

Allensbach: Scholz nur noch hauchdünn vor Laschet ++

Linke sackt auf 5 Prozent ab

Damit wurde signalisiert, dass die Stimmabgabe für die Union doch noch von Erfolg gekrönt sein könnte.

Diese Situation erinnert sehr an Vorgänge im Jahr 1965. Damals war vom Bundesgeschäftsführer der CDU Dufhues und von der führenden Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann (Allensbach) der Eindruck eines Kopf-an-Kopf-Rennens von Union und SPD vermittelt worden. Nach der Wahl gaben sie zu, das sei eine Finte für den Wahlkampf gewesen. An diesen Vorgang haben die NachDenkSeiten am 20. September 2021 um 17:01 erinnert: [Funktioniert der Trick von 1965 noch einmal zugunsten der CDU/CSU?](#)

Die Angst vor der Abwahl der Kanzler-Partei CDU/CSU wie auch der Hoffnungsschimmer „Kopf an Kopf“ haben sich vermutlich positiv auf die Stimmabgabe zugunsten der Union ausgewirkt.

14. Die SPD (und auch die Grünen) hat die Angriffe mit der Rote-Socken-Kampagne laufen lassen. Sie hat nicht gekontert und auch das Kopf-an-Kopfgerede nicht als Wahlkampftrick aufgespießt.

Letzteres kann man zwar ein bisschen verstehen, weil Scholz und die SPD am Eindruck vom „Gewinnen“ interessiert waren. Sie wollten den sogenannten Bandwaggoneffekt nutzen, um das zuvor schlechte Image einer 15-Prozent-Partei loszuwerden. Die Rote-Socken-Kampagne ohne massiven Widerspruch und ohne Analyse dieses üblen Wahlkampftricks der Union laufen zu lassen, war dennoch ein gravierender Fehler.

Die SPD hätte zur Möglichkeit der Rot-Rot-Grün-Koalition stehen müssen und diese Koalition als möglich und vernünftig vertreten müssen. Sogar offensiv. Wenn man diese mögliche Koalition mit der Linkspartei sogar noch an der Person Wagenknecht festgemacht hätte, dann hätte das wegen deren hoher Popularität sogar genutzt.

Aber man hat nicht gekontert – wahrscheinlich erstens, weil ein Teil der SPD-Funktionäre in Bezug auf die Linkspartei genauso denkt wie Laschet, und zweitens, weil es eine alte und wirklich dumme Weisheit von traditionellen Wahlkampfmanagern gibt, die da lautet, man solle den Namen des Gegners nicht in den Mund nehmen und sich also auch nicht mit dessen Wahlkampfstrategien auseinandersetzen.

Diese Dummheit hatte die SPD schon 1969 und dann endgültig 1972 gründlich überwunden: Die damaligen erfolgreichen Wahlkämpfe waren davon geprägt, die Machenschaften des politischen Gegners und seiner Hintermänner offen und lautstark aufzuspüren.

Der zögerliche bis zweifelnde und ablehnende Umgang mit der möglichen Rot-Rot-Grün-Koalition durch den potentiellen Hauptkoalitionär SPD zeugt auch von einem anderen großen Fehler in diesem Wahlkampf: Die Wählerinnen und Wähler wollen wissen, in welcher Konstellation die zur Wahl stehenden Politikerinnen und Politiker regieren wollen. Wenn man diesen Wunsch ernst nimmt, dann muss man zum einen darüber aufklären, was man vorhat, und zum anderen muss man den potentiellen künftigen Partner/die Partnerin zumindest respektieren, möglichst sogar loben.

15. SPD und Grüne haben das große Thema Friedenspolitik gründlich verspielt und damit den notwendigen Unterschied zur Union zumindest bei diesem wichtigen

Thema nicht deutlich gemacht. Im Gegenteil.

Die Friedenspolitik, die Verständigung zwischen West und Ost einschließlich Russlands, das Bekenntnis zur Abrüstung – all dies zusammen hätte ein großes gemeinsames Thema von SPD und Grünen und der Linkspartei sein können und müssen. SPD und Grüne haben die Chance, dieses Thema wieder und neu zu besetzen, nicht genutzt. Im Gegenteil: Sie haben sich trotz des Scheiterns der NATO in Afghanistan zu fast schon feurigen Bekenntnissen zur NATO und zu noch mehr Militär und Militärausgaben verleiten lassen. Gutes Beispiel in diesem Kontext ist der Dialog zwischen dem Journalisten Koll vom ZDF und dem Spitzenkandidaten der SPD, Scholz, [in der Sendung vom 23.9.2021](#).

Es ging ab Minute 55:40 um die Außenpolitik, um NATO usw. Der Journalist Koll vergisst alle Zurückhaltung und meint, die Bundeswehr brauche noch mehr Geld als die 2 % plus. Wörtlich: „Die Bundeswehr wurde ja kaputtgespart. Müssten wir jetzt nicht feststellen, dass die 2 % der NATO eigentlich zu wenig sind, wenn wir ein funktionierendes Sicherheitsbündnis ohne die NATO aufbauen wollen?“

Scholz kritisiert danach die Sparpolitik von Schwarz-Gelb bei der Bundeswehr, erwähnt, dass es unter seiner Verantwortung eine Steigerung der Ausgaben um 36 % gegeben habe und dass man den Soldaten für ihre gefährlichen Einsätze dankbar sein müsse.

Koll wiederholt sein Mantra, dass Europa gestärkt werden müsse, wenn die USA andere Interessen haben und die 2 % deshalb trotzdem nicht reichen würden.

Scholz bestätigt, dass er im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten zu weiteren Steigerungen des Etats für die Bundeswehr stehe.

Da war allen friedenspolitisch interessierten Wählerinnen und Wählern klar, dass mit der ehemaligen Partei der Entspannungspolitik und Friedenspolitik SPD nichts mehr anzufangen ist.

Dass diese Entfremdung auch für die Bündnis-Grünen gilt, wurde in einer Äußerung von Annalena Baerbock sichtbar, wonach sie sich den Einsatz von deutschen bewaffneten Drohnen vorstellen könne.

16. Der Hauptfeind Russland musste am Ende auch noch erhalten

Die vorhandene und gepflegte Angst vor der angeblichen Bedrohung durch Russland wurde im Wahlkampf gegen Ende mit dem Hinweis auf angebliche Cyberangriffe verstärkt. Wann und wo und ob mit Wirkung und durch wen diese angeblichen Angriffe stattgefunden haben,

wurde konkret nicht erklärt. Es war im Sommer davon schon die Rede, dass der Bundeswahlleiter (in Personalunion Präsident des Statistischen Bundesamtes) im Netz angegriffen worden sei. Jetzt machte sich die EU-Kommission diese angebliche Bedrohung zu eigen. Dazu der Niederschlag in drei Medien: Hier [„EU wirft Russland Cyberangriffe vor“](#) und [hier](#) und hier: [BUNDESTAGSWAHL: EU wirft Russland vor Wahl in Deutschland gezielte Cyberangriffe vor. Gegen Abgeordnete, Beamte, Vertreter von Presse und Zivilgesellschaft.](#)

Interessant sind nicht die äußerst dünnen Aussagen. Interessant ist, dass die Europäische Union sich für diese Kampagne hergibt.

Diese Entwicklung der Europäischen Union von einer Friedensunion zu einer agitatorischen Kampfunion wäre übrigens ein interessantes Thema des Wahlkampfes gewesen. War es aber nicht.

17. Verpasste Chancen dieses Wahlkampfes

Dazu nur ein paar Beispiele:

- a. Im Wahlkampf hätten zumindest SPD, Grüne und Linkspartei die Chance wahrnehmen können und sollen, den Feindbild-Aufbau gegenüber China nicht mitzumachen und auf Partnerschaft zu setzen. Sinnigerweise war bei der großen Runde am 23. September die Vertreterin der AfD bei diesem Thema die Stimme der Vernunft.
- b. Es hätte die Chance bestanden, das Ende und die Katastrophe des Afghanistan-Einsatzes kritisch in die Debatte einzuführen, die zur Überprüfung der Auslandseinsätze als Teil der Politik hätte führen müssen und können.
- c. Es hätte die Chance bestanden, den imperialen Führungsanspruch der USA grundsätzlich infrage zu stellen. Stattdessen ist das Gegenteil geschehen. Siehe die Warnungen vor China.
- d. Es hätte die Chance bestanden, auf die Steigerung der Energiepreise und Gaspreise hinzuweisen und dabei deutlich zu machen, wie richtig die Entscheidung ist, Nordstream 2 zu Ende zu bauen und zu nutzen.

18. Interessante Aussagen in den Fernsehrunden am Wahlabend

- a. Sowohl Olaf Scholz als auch Armin Laschet meldeten einen Führungsanspruch an. Zuvor hatte Markus Söder klar gesagt, dass die Union nur dann einen Regierungsauftrag haben wird, wenn sie vor der SPD als stärkste Kraft [abschneidet](#).
- b. Robert Habeck und Christian Lindner preschten mit der Aussage vor, Grüne und FDP

sollten nun - unabhängig von den Avancen von SPD und CDU/CSU - mit Sondierungsgesprächen untereinander beginnen.

- c. Inhaltliche Themen rückten dabei eher in den Hintergrund. Ein schwarz-gelb-grünes Jamaika-Bündnis wurde als normale Koalition behandelt, obgleich die SPD als stärkste Partei abgeschnitten hat.
- d. Die Protagonisten einer möglichen Jamaika-Koalition wurden von den Kommentatoren und Interviewern gestärkt. Robert Habeck wurde als der „neue starke Mann“ der Grünen präsentiert.
- e. Die Jamaika-Koalition wurde mehrfach auch von den Journalisten und Kommentatoren als „Zukunftscoalition“ mit einem positiven Begriff belegt. Damit nahm man die [Wortwahl des CDU-Generalsekretärs Paul Ziemiak](#) auf.

19. Interessante Aussagen in den Sozialen Medien

Einschätzung zu den ersten #btw21 Wahlergebnissen

Das ist eine bittere Niederlage für DIE LINKE. Wichtig ist jetzt, über die Ursachen zu reden. Wir haben jetzt seit mehreren Jahren mit wenigen Ausnahmen eher maue Wahlergebnisse gehabt. Und ich denke, das hat damit zu tun, dass DIE LINKE sich in den letzten Jahren immer weiter von dem entfernt hat, wofür sie eigentlich gegründet wurde: als Interessenvertretung für normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Rentnerinnen und Rentner.

Mein Statement zu den ersten Wahlergebnissen in der ARD.

Quelle: [Sahra Wagenknecht via Facebook](#)

Das Wahlergebnis der Linken ist eine klare Botschaft! Es lag nicht am Wahlkampf und wohl kaum an überragender Konkurrenz sondern an Entwicklungen der letzten Jahre! Wir hätten große Chancen gehabt! Steuergerechtigkeit, Investitionen, Wohnen, Rente, Parteispenden und Korruption.

Daher muss die Partei sich neu erfinden. In Zeiten großer Umbrüche in unserer Wirtschaft („20er Jahre“) ist eine linke Stimme nötiger denn je! Gerade in Zeiten von Jamaica oder Ampel braucht es eine soziale Kraft welche die Bevölkerung in ihrer Breite abbildet, die Wählerschaft verbreitet und nicht verengt. Die Leute müssen das Gefühl haben, die haben Mut und wissen was sie tun. Die legen den Finger in die Wunde sind aber auch FacharbeiterInnen, die wissen wie man die Glühbirne einschraubt! Ich wünsche meiner Partei die Kraft der Veränderung von Herzen.

Dies erfordert aber auch den Mut sich ehrlich zu machen! Ich habe versucht zu beweisen, dass man sich mit sozialer Politik bei zentralen Themen unseres Landes Respekt verschaffen kann! Darum muss es zukünftig gehen.

Quelle: [Fabio De Masi via twitter](#)

Daher muss die Partei sich neu erfinden. In Zeiten großer Umbrüche in unserer Wirtschaft („20er Jahre“) ist eine linke Stimme nötiger denn je! Gerade in Zeiten von Jamaica oder Ampel braucht es eine soziale Kraft welche die Bevölkerung in ihrer Breite abbildet, die Wählerschaft

— Fabio De Masi (@FabioDeMasi) [September 26, 2021](#)

Dies erfordert aber auch den Mut sich ehrlich zu machen! Ich habe versucht zu beweisen, dass man sich mit sozialer Politik bei zentralen Themen unseres Landes Respekt verschaffen kann! Darum muss es zukünftig gehen

— Fabio De Masi (@FabioDeMasi) [September 26, 2021](#)

[Fabio De Masi: So sieht das aus!](#)

So sieht das aus! pic.twitter.com/EIh2XIpFJr

— Fabio De Masi (@FabioDeMasi) [September 26, 2021](#)

Eigenwilliges Demokratieverständnis: Markus Söder beansprucht Führungsrolle der Union, selbst wenn nur Mehrheit nach Sitzen, aber nicht nach Stimmen erreicht wird. Eine Mehrheit, die einer unterbliebenen Wahlrechtsreform zu verdanken wäre, die die CSU

überevorteilt.

Quelle: [Georg Restle via twitter](#)

Laschet macht den Schröder.

Quelle: [Georg Restle via twitter](#)

„Das ist ein desaströses Bild für eine Partei, die ja eigentlich das Image hat, gut regieren zu können“

Quelle: [Kurt Stukenberg \(Der Spiegel\)](#)

Für die Größe des Bundestags ist das Ergebnis der #CSU entscheidend: Nur in München-Süd führen die Grünen, München-West/Mitte ist noch umkämpft. Alle anderen bayerischen Wahlkreise gehen an die CSU. Die von ARD und ZDF angenommene Hausgröße (730-740) erscheint realistisch. #btw21

Quelle: [wahlrecht.de via twitter](#)

Satire:

Söder: Nach 16 Jahren wollen die Menschen Veränderung. Und deshalb wollen sie nicht Scholz, sondern die Union.

Kannste dir nicht ausdenken.

Quelle: [extra3 via twitter](#)

#Laschet sieht trotz historischer Verluste Auftrag zur Regierungsbildung. Motto: Es ist besser, irgendwie zu regieren, als gar nicht zu regieren.

Quelle: [extra3 via twitter](#)

Bereits jetzt die eindeutigen Wahlsieger: die Unionsabgeordneten, die bei der Wahlrechtsreform durchgesetzt haben, dass drei Überhangmandate nicht ausgeglichen werden.

Quelle: [extra3 via twitter](#)

Annalenas unglaubliche Reise von Platz 1 auf Platz 3: Der Wahlkampf der Grünen wird

verfilmt! „Der WählerShrek“

Quelle: [extra3 via twitter](#)

Das Scholz-Prinzip: Dank Erinnerungslücken zum Erfolg!

Quelle: [extra3 via twitter](#)

Titelbild: Photo_Pix/shutterstock.com